

Vertraulich !

Kabinettsprotokoll Nr. 46
vom 27. Februar 1919.

Anwesend:

Sämtlichen Staatssekretäre, ausgenommen Dr. B a u e r, M a y e r und P a c h e r, ferner die Unterstaatssekretäre M a r c k h l und Dr. W a b e r.

Zugezogen zu Punkt 3:

Vom Staatsamt für Finanzen: Ministerialrat Dr. Ritter von T h a a und Hofrat Dr. S c h w a r z w a l d.

Vorsitz: Staatskanzler Dr. R e n n e r.

Dauer: 15.00 – 19.30.

Reinschrift (9 Seiten), Konzept, stenographische Mitschrift

Inhalt:

1. Bericht des Staatssekretärs für Volksernährung über die Fleischsituation.
2. Aufgabenkreis der Soldaten- und Krankenräte in den früheren Militär-Sanitätsanstalten.
3. Bericht des Staatssekretärs der Finanzen über den Fortgang der Valuta-Aktion.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 2 betr. Einigung mit dem Reichs-Vollzugsausschuss der Soldatenräte vom 23. Februar hinsichtlich der Aufgaben der Soldaten- und Krankenräte in den früheren Militär-Sanitätsanstalten (1 Seite)

1.

Bericht des Staatssekretärs für Volksernährung über die Fleischsituation.

Staatssekretär Dr. L ö w e n f e l d - R u s s bespricht die ungünstige Fleischsituation für Wien.

In den kommenden Wochen werde es nicht einmal möglich sein, die Spitäler, die Eisenbahner

etz. mit Fleisch, zu beliefern. Vor Kurzem habe im Staatsamt für Landwirtschaft eine Besprechung mit den Vertretern der Länder stattgefunden, um diese zu größeren Fleischlieferungen für Wien zu veranlassen. Hiebei sei regierungsseitig der Vorschlag gemacht worden die Preise für das Kilogramm Lebendgewicht bis zu 8 Kronen, also um nahezu 100% zu erhöhen und wenigstens die Hälfte der vorgeschriebenen Kontingente nach Wien abzuliefern.

Bei dieser Besprechung sei es aber zu keinem endgiltigen Ergebnis gekommen. Die Länder wären daher am 22. Februar neuerlich telegraphisch aufgefordert worden, ihre Stellungnahme umgehend bekanntzugeben. Bisher sei aber von keiner Stelle eine Antwort eingelangt. Nach Anschauung des sprechenden Staatssekretärs erübrige nichts anderes, als den Ländern unter Hinweis auf einen nunmehr zu fassenden Kabinettsratsbeschluss den Auftrag zu erteilen, die Viehpreise in obigem Ausmaße zu erhöhen und bestimmte Kontingente nach Wien zu liefern.

Sollte dieser Schritt abermals erfolglos bleiben, wäre in Erwägung zu ziehen, ob nicht etwa ungeachtet aller dagegen Sprechender auch vom Redner geteilter überaus gewichtiger Bedenken die zentrale Fleischbewirtschaftung aufzuheben und der Handel freizugeben wäre.

Nachdem Staatssekretär *Stöckler* unter Hinweis auf die Widerstände, welche insbesondere das Land Oberösterreich der Fleischbelieferung Wiens entgegensetze, der Auffassung des Vorredners durchaus beigepflichtet hat, spricht sich

Staatssekretär *Hanusch* in entschiedener Weise gegen ein derartiges Experiment der Auflassung der zentralen Fleischbewirtschaftung unter Hinweis darauf aus, dass damit nur für eine geringe Zeit Abhilfe geschaffen und lediglich ein Emporschnellen der Fleischpreise erzielt würde, Seiner Auffassung nach wäre lediglich zu erwägen, ob dem Übelstande nicht etwa durch Wiederaufnahme der Requisitionen abgeholfen werden könnte.

Der Vorsitzende bemerkt, dass dieses Problem entweder vom Staate gelöst werden müsse, oder aber die Bevölkerung dessen Lösung selbst in die Hand nehmen werde. Damit wäre die Katastrophe gegeben. Die gegenwärtige Regierung sei wohl außer Stande, diese Frage endgiltig zu bereinigen. Sache der Regierung werde es aber sein, das Problem ohne Verzug zur Lösung zu bringen. Man werde die Absperrung der einzelnen Länder allenfalls mit Gewaltmitteln brechen müssen. Gegenwärtig erübrige allerdings nichts anderes, als dem Vorschlage des Staatssekretärs für Volksernährung beizutreten. Es müsse jedoch auch die Presse in entsprechender Weise dahin beeinflusst werden, dass sie diesem ungemein ernstern Problem gegenüber eine andere Stellung einnehme wie bisher. Sie beschäftige sich im Augenblick, wo für uns alles auf dem Spiele stehe, mit dieser Frage nahezu gar nicht.

Weiters verspreche sich Redner durch eine rückhaltlose Erörterung aller einschlägigen

Verhältnisse in der Öffentlichkeit, z. B. im Ernährungsrate eine Wendung zum Bessern. Vor dem Experiment, schon jetzt den freien Handel wieder einzuführen, warne er auf das Entschiedenste.

Staatssekretär Dr. L ö w e n f e l d - R u s s erklärt, gleichfalls ein unbedingter Anhänger der zentralen Bewirtschaftung zu sein; diese könne jedoch nur zur Geltung gebracht werden, wenn eine staatliche Autorität und ein fester staatlicher Apparat vorhanden sei, der auch dem bekannten Antagonismus der Länder der Stadt Wien gegenüber die Spitze zu bieten vermöchte. Den Ernährungsrat halte Redner nicht für das geeignete Forum; die Frage schein ihm nur durch entsprechende Einflussnahme aller politischen Parteien auf die Öffentlichkeit lösbar.

Der Kabinettsrat fasst den Beschluss, es seien die Staatssekretäre für Volksernährung und für Landwirtschaft zu ermächtigen, die Landesregierungen unter Berufung auf den einstimmig gefassten Beschluss des Kabinettsrates anzuweisen, die Preise für Rinder und Kälber bei deren Anlieferung bis zum Ausmaß von 8 K pro Kilogramm Lebendgewicht zu. Erhöhen; den Ländern wären weitere bestimmte Kontingente zur Fleischablieferung nach Wien vorzuschreiben, deren Ausmaß im Einvernehmen mit ihnen festzusetzen ist und mindestens die Hälfte des bisherigen Kontingentes zu betragen hat.

2.

Aufgabenkreis der Soldaten- und Krankenräte in den früheren Militär-Sanitätsanstalten.

Staatssekretär Dr. K a u p bespricht den Fortgang des Abbaues der Militär-Sanitätsanstalten, die gegenwärtig noch 12.000 Kranke und 4000 männliche Sanitätspersonen aufweisen. Die Vertrauensmänner hätten sich bereit erklärt, bei einem Abbau mitzuwirken, es sei aber dringend notwendig, gewissen Erscheinungen entgegenzutreten, die bei der Abwicklung dieser Aktion zutage treten. Redner verspreche sich eine nachhaltige Stärkung der mit dieser Aufgabe befassten staatlichen Behörde durch einen formellen Beitritt des Kabinettsrates zu der einvernehmlich mit dem Präsidenten des Reichsvollzugausschusses der Soldatenräte zustande gekommenen Umschreibung des Aufgabenkreises der Soldaten- und Krankenräte in den früheren Militär-Sanitätsanstalten. Diese Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

1. Der Aufgabenkreis der Soldaten- und Krankenräte in den früheren Militär-Sanitätsanstalten ist für die Zeit der Umwandlung – spätestens 10. März – mit Erlass des Staatsamtes für Volksgesundheit vom 7. Februar d. J., Z. 1721, im Einvernehmen mit dem Reichs-Vollzugausschusse des Soldatenrates fixiert.

2. An weiteren Aufgaben kommt dem Soldaten- und Krankenrat das Beschwerde- und Kontrollrecht in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten bis zur Kündigung am 31. März d. J.

zu.

3. In Heilanstalten erscheint im Interesse der Durchführung einer geregelten Seelfürsorge eine Einengung in den Aufgabenkreis der ärztlichen Leitung und Führung, wie z. B. Entlassung und Aufnahme von Kranken und dgl. nicht zulässig.

4. Überschreitungen des Aufgabenkreises der Soldaten- und Krankenräte, wie selbständige Ernennung von Spitalsdirektoren, widersprechen dem Ernennungsrechte der staatlichen Behörden.

Nach einer kurzen Wechselrede, an der sich der Vorsitzende, der Referent und Staatssekretär H a n u s c h beteiligen, pflichtet der Kabinettsrat dem Vorschlage des Staatssekretärs für Volksgesundheit bei.

3.

Bericht des Staatssekretärs der Finanzen über den Fortgang der Valuten-Aktion.

Über Einladung des Vorsitzenden bespricht sodann Staatssekretär Dr. S t e i n w e n d e r in eingehender Weise die Rückwirkung der tschechoslowakischen Valutamaßnahmen auf unsere staatsfinanzielle Situation und die sich hieraus für uns ergebenden währungspolitischen Folgerungen. Hiebei gelangte auch die Frage der Bedeutung der einschlägigen Maßnahmen für den deutschösterr. Kriegsanleihebesitz zur Sprache.

Die Ausführungen trugen streng vertraulichen Charakter.

Anschließend hieran macht Ministerialrat Dr. v o n T h a a Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand sowie den weiteren Fortgang der Aufstempelungsaktion und bespricht weiters die einzelnen tschechischerseits erlassenen Verfügungen vom Standpunkte unserer währungspolitischen Verhältnisse. Endlich erbittet Redner die Zustimmung des Kabinettsrates zur Hinausgabe zweier Vollzugsanweisungen des Staatsamtes der Finanzen, betreffend weitere zeitweilige Beschränkungen des Zahlungsverkehres sowie betreffend die Kennzeichnung der für den Umlauf in Deutschösterreich bestimmten Noten der österreichisch-ungarischen Bank.

Nach einer längeren Debatte, die sich über die einzelnen Bestimmungen dieser Verordnungsentwürfe entspann, erteilt der Kabinettsrat dem Staatssekretär der Finanzen die erbetene Zustimmung mit dem Beifügen, dass die Verlautbarung dieser Vollzugsanweisungen bereits am morgigen Tage zu erfolgen haben wird.

Schließlich stimmt der Kabinettsrat zu, dass das Staatsamt der Finanzen an das Staatsamt für Äusseres eine eingehende Darstellung der Gründe, die uns zu diesen währungspolitischen Maßnahmen zwingen, mit dem Ersuchen gelangen lasse, diese Ausführungen allen fremden Staaten mittelst einer Zirkularnote zur Kenntnis zu bringen; diese Darstellung wäre – spätestens

Sonntag – auch der hierländischen Presse zur Veröffentlichung zu übergeben.

[KBR 46, 27. Februar 1919, Stenogramm A]

Nr. 46 vom 27. /2.

1.

Löwenfeld: Frage der Fleischbelieferung für Wien. Wir haben eine heute beginnende weitere fleischlose Woche. Wie die Sachen für die nächste Woche stehen, werden wir vielleicht auch eine dritte fleischlose Woche haben. Eisenbahner haben heute mit Streik gedroht. Vorige Woche Besprechung im Staatsamt für Landwirtschaft stattgefunden mit Vertretern der Länder, um sie zur Fleischbelieferung größeren Stils zu veranlassen. Hierbei Vorschlag gemacht für eine Erhöhung des Preises für Lebendgewicht bis zu 8 Kronen, also nahezu um 100%. Zu einem endgültigen Resultat ist es nicht gekommen. Mittels Telegramm wurden dann die Landesregierungen ersucht, die Hälfte der ihnen vorgeschriebenen Contingente nach Wien zu senden. Landesregierungen reagieren überhaupt nicht.

Frage, was zu tun. Schlägt vor, [durch] Kabinettsratsbeschluß den Ländern bestimmte Weisungen zur Lieferung zu geben. Wenn das nicht hilft, dann freie Bewirtschaftung, aber nur [als] Akt der Verzweiflung.

Stöckler: Das ist die politischste Frage, die wir gegenwärtig haben. Unterstützt vollkommen die Anträge Löwenfelds. Oberösterreich war bei der Länderkonferenz gar nicht vertreten. Wenn die Maßregel nicht zum Ziel führen sollte, [wäre] zu erwägen, ob nicht ein Exempel zu statuieren und mit der Freigabe vorzugehen [wäre].

Hanusch: Schleichhandel blüht in unglaublichster Weise. Wenn er aber nicht wäre, wäre Wien schon verhungert. Bauern liefern dem Schleichhändler nicht aus Furcht, sondern aus Gewinnsucht. Vor dem Experiment hat Redner Angst. Preise werden noch höher in die Höhe gehen. Dann aber [wäre] noch zu erwägen, ob nicht mit Requis.[ition] einzusetzen wäre, wenn die Warnung an die Landesregierungen nichts nützt.

Renner: Mir ist klar, daß entweder der Staat diese Probleme löst und lösen kann, oder die Lösung dieser Probleme selbst in Angriff nimmt. Damit gehen wir tödlich zugrunde. Von dieser Gefahr geben sich die meisten Leute keine Rechenschaft. Die Katastrophe ist bestimmt in der nächsten Woche da. Die gegenwärtige Regierung kann wohl nicht mehr die Aufgabe lösen. Fest überzeugt, daß die Regierung in kurzer Zeit gezwungen sein wird, dieses Problem mit anderen Mitteln zu bewältigen wie bisher. Man wird die Absperrung brechen müssen, sonst werden die Leute es tun. Jetzt bleibt wohl nichts übrig, als das zu tun, was Löwenfeld vorschlägt. Die ganze Presse aber müßte auch beeinflußt werden, daß sie den Problemen gegenüber eine andere Stellung [ein]nimmt, wie bisher. In dem Augenblick, wo alles für uns auf dem Spiel steht, beschäftigt sich die Presse mit diesen Fragen gar nicht. Durch eine öffentliche Erörterung, durch eine Verhandlung der Sachen im Ernährungsrat vor aller Öffentlichkeit und durch eine rückhaltslose Darstellung in der Presse ist vielleicht doch noch der öffentliche Geist zu erziehen. Das Mittel, den freien Handel herzustellen, würde die Folge haben, daß Fleisch vorhanden wäre, aber zu Preisen, die der breiten Masse nicht zur Verfügung stehen und damit würden wir die Herrschaft den Comm.[unisten] übergeben. Also Ernährungsrat sofort einberufen und die Dinge von Staats wegen darzulegen, wie sie sind und das Gewissen der Oberschichten zu schärfen.

Antrag zu genehmigen und Löwenfeld auffordern, diesen Antrag als Beschluß des gesamten Kabinettsrates bekannt [zu] geben (samt Motivierung).

Löwenfeld: 1.) Ist unbedingt Anhänger der zentralen Bewirtschaftung, dazu gehört aber staatliche Autorität und staatlicher Apparat; dies ist weder in Wien noch in den Ländern vorhanden.

2.) Antagonismus der Länder gegen Wien.

Redner hält Ernährungsrat nicht für das geeignete Forum. Diese Frage scheint dem Redner nur durch die politischen Parteien lösbar. Wenn die Parteien nicht helfen, dann ist die Sache überhaupt nicht zu lösen.

Stöckler: Muß entschieden dagegen sich aussprechen, daß die Bauern heute besser leben wie vor dem Krieg. Es fehlt an Autorität und an dem Willen der Behörden. Diese müssen die Situation erfassen, sie haben aber nicht den Willen zur energ.[ischen] Arbeit.

Antrag: Die Staatssekretäre für Volksernährung und Landwirtschaft werden vom Kabinett ermächtigt, die Landesregierungen anzuweisen, die Preise für Rinder und Kälber bei einer Anlieferung nach Wien bis zum Ausmaß von 8 Kronen per Kg. Lebendgewicht zu erhöhen. Den Ländern sind bestimmte Contingente vorzuschreiben, deren Ausmaß im Einvernehmen mit ihnen festgesetzt wird (mindestens in der Hälfte der bisherigen Contingente).

Angenommen.

2.

Kaup: Abbau der Militärsanitätsanstalten. 12.000 Kranke und 4.000 männliches Sanitätspersonal. Vertrauensmänner haben sich bereit erklärt, bei diesem Abbau mitzuwirken. Jetzt aber notwendig, gewisse Erscheinungen zu verhindern (Spitalsdirektoren selbständig einzusetzen, abzusetzen etc.). Mit 31. /3. wird den Soldatenräten selbst gekündigt auf 4 Wochen. Würde günstigen Eindruck machen, wenn wir im Laufe des März seitens des Kabinettsrates in bestimmter Weise fixieren würden.

Vorschlag: 1.) Aufgabenkreis der Soldaten- und Krankenräte ... bis zur Zeit der Umwandlung

2.) An weiteren Aufgaben ... Beschwerde- und Kontrollrecht zu

3.) In Heilanstalten (nicht zulässig ... statt geduldet).

Renner: Wird die Verhandlungsbasis dadurch verstärkt? Der Kabinettsrat kann doch solche Selbstverständlichkeiten nicht beschließen.

Hanusch: Der Staatssekretär muß die notwendige Autorität selbst aufbringen. Hier steht aber ein Ausnahmefall vor.

Angenommen.

3. Valuta-Aktion.

Renner: Frage, wie schätzt Steinwender die èech.[oslowakischen] Maßregeln ein. Ist finanz- und währungstechnisch die Aktion Rašins gut oder schlecht? Wird es gehen? Das ist auch für uns wichtig. Wie wird der Erfolg für die Cechoslowakei sein, Heilmittel oder eine Schädigung der Volkswirtschaft? Wie wird sich die Sache staatsfinanziell darstellen in Bezug auf die Vermögenssteuer?

Dann unsere Gegenmaßregel? Ob wir auch eine Woche brauchen werden? Werden wir eine längere Sperrung ertragen? Welche weiteren Maßregeln hätten wir vorzubereiten?

Steinwender: Renner fragt mehr als man antworten kann. Wir haben bezüglich Absperrung und Abstempelung alles Notwendige verfügt.

Zunächst Gebührenfrage. [Wir sind dagegen], wohl aber dafür, daß in der Hälfte des Einlösungs[zeitraumes] keine Gebühr und in der zweiten eine solche eingehoben wird. Einen finanziellen Gewinn daraus zu ziehen, wünscht das Staatsamt für Finanzen nicht.

An der Einziehung der Hälfte dürfte die Sache nach unserer Einschätzung scheitern. ~~Der Zweck der angestrebt wird, sicherzustellen~~ - Solche Attacken, die man dem è.[echoslowakischen] Volk als einem siegreichen Volk auferlegt, kann man unserem Volk nicht zumuten. Wir wollen lieber etwas versäumen, als eine falsche Maßregel ergreifen.

Redner ist für eine Beschlagnahme der ausländischen Effekten. Wir brauchen diese dazu, um eine Zufuhr an notwendigen Einfuhrgegenständen zu ermöglichen. Die

Hauptsache ist die Ernährungsfrage, da aber dürfen wir nichts versäumen und [müssen] diese ermöglichen. Wir sind zufrieden, wenn wir über die nächsten paar Monate hinauskommen. Dies müssen wir gewinnen.

Wir wollen auch den Besitz an Kriegsanleihen bei uns nicht ermitteln, da wir damit ein Prinzip durchbrechen werden, daß nicht das Territorialprinzip entscheidend wird (wir haben 80% und wollen das aber nicht wissen).

Renner: Möchte wissen: Welche schädlichen Folgen erwartet man von den Verfügungen Rašins. Dann wie wird es sich mit den drei Millionen Deutschen in Böhmen und Mähren verhalten und werden wir die Deutschböhen nicht seinerzeit schadlos halten müssen. Dann Effektenverkehr gesperrt.

Ich meine, daß von den Kriegsanleihen, die bei uns untergebracht sind, auf einer wirtschaftlichen Grundlage, die in die andere Staaten hinausweist, ein Abstoßen versucht werden soll. ~~Ich möchte wissen, mit welchen Mitteln~~ - Ich glaube also, daß ein Überblick und eine Auseinanderrechnung der Kriegsanleihe wünschenswert wäre.

Weiters noch folgendes Moment: Es kann der Fall sein, daß Montag, Dienstag unsere Unterhändler zurückkommen und daß der Übergang zur Markwährung prinzipiell durchgesetzt ist. Wenn dann die deutschen Unterhändler kommen, sind wir nicht imstande zu sagen, wieviel wir besitzen.

Ich bin der festen Meinung, daß wir in diesen Dingen eine andere Taktik einschlagen sollten.

Thaa: Wir haben jetzt 500 Millionen fertig. Die interne Manipulation arbeitet mit großen Schwierigkeiten. Ich bin auch für die Effekten-Einziehung.

Während der Verhandlungen mit den Amerikanern aber sollten wir nicht viel Lärm machen mit der Frage der Saisierung der ausländischen Effekten. Es ist dies die letzte Reserve.

Was die Beurteilung der Maßregeln Rašins betrifft: Wenn wir solche Maßnahmen ergriffen hätten, hätte die Presse nicht so gesprochen. Das Ganze ist ein waghalsiges Element, eine Belastung des öffentlichen Geistes.

Man muß beachten, in welcher Weise die Presse geknebelt wird.

Stempel: Einhebung möglich, aber die Gebühr nicht während der Umtauschungsaktion; von der Hälfte der Noten, die zurückbehalten wird, wird erst dann verrechnet. Bei uns wäre dies nicht zweckmäßig.

Stempelmarken: Wir haben keinen Klebstoff.

~~Gewisse Feststellung des~~ - Die Banknotenstempelung zu benützen um eine Kenntnis über den Stand zu erhalten: Rücksprache Grimm.

1.) Redner bespricht ~~die Verordnung, Vollzugsanweisung des~~ - Hinausgabe einer Kundmachung, in der die Umtauschaktion angeordnet wird.

2.) Ergänzung der Verordnung betreffend weitere zeitweilige Beschränkung des Überweisungsverkehrs.

Beide sollen morgen erscheinen.

3.) Einer Anregung Landsbergers entsprechend Zuschrift an Staatsamt des Äußeren Zuschrift gerichtet: Am Sonntag zu veröffentlichen in der Presse.

Angenommen die drei Maßnahmen.

Hanusch: Die Leiter der Buchdruckereiorganisation sollen einberufen werden und auf sie eingewirkt werden, damit nicht die Gefahr einer Betriebseinstellung heraufbeschworen wird.

Schluß ½8h.

Samstag, 3h Cabinettsrat.

- 1.) Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen betreffend weitere zeitweilige Beschränkungen des Zahlungsverkehrs.
- 2.) Vollzugsanweisung betreffend die Kennzeichnung der für den Umlauf in Deutsch-Österreich bestimmten Noten der österreichisch-ungarischen Bank.

KRP 46 vom 27. Februar 1919

Beilage zu Punkt 2 betr. Einigung mit dem Reichs-Vollzugsausschuss der Soldatenräte vom 23. Februar hinsichtlich der Aufgaben der Soldaten- und Krankenräte in den früheren Militär-Sanitätsanstalten (1 Seite)

Einvernehmen mit Herrn Kunze, Präsident des Reichs-
Vollzugsausschusses des Soldatenrates am 23/4 errielt.

Soldatenräte und Umwandlung der militärsanitätsanstalten
in zivile Sanitätsanstalten.

1.) Der Aufgabenkreis der Soldaten- und Krankenräte in den
früheren militärsanitätsanstalten ist für die Zeit der Umwand-
lung - spätestens 10. März - mit Erlaß des Staatsamtes für
Volksgesundheit vom 7. Februar l. J. Z. 1721 im Einvernehmen mit d
dem Reichs-Vollzugsausschusse des Soldatenrates fixiert.

2.) An weiteren Aufgaben kommt dem Soldaten- und Krankenrat
das Beschwerde- und Kontrollrecht in allen wirtschaftlichen Ange-
legenheiten bis zur Kündigung am 31. März l. J. zu.

3.) In Heilanstalten ^{erlaubt} kann im Interesse der Durchführung einer
geregelten Heilfürsorge eine Einmischung in den Aufgabenkreis
der ärztlichen Leitung und Führung, wie z. B. Entlassung und
Aufnahme von Kranken u. ähnl. nicht gestattet werden. *zulässig*

4.) Überschreitungen des Aufgabenkreises der Soldaten- und Kran-
kenräte wie selbständige Ernennung von Spitalsdirektoren, wider-
sprechen dem Ernennungsrecht der staatlichen Behörden.



000001